Antrag

der Abg. Karl Klein u. a. CDU

und

Stellungnahme

**des Ministeriums für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz**

Auswirkungen der Auflagen zur Bekämpfung der Vogel- grippe auf die Rassegeflügel- und Vogelzuchtvereine

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. inwieweit die befristete Beschränkung von Ausstellungen für gehaltene Vögel und Geflügel während einer Vogelgrippe auf absolute Risikogebiete begrenzt werden kann;
2. inwieweit sie plant, die Zuchtanlagen und Zuchten, in welchen Vögel zur Art-erhaltung, zur Erhaltung seltener Rassen oder zu anderen Nicht-Erwerbs-zwecken gehalten werden, den zoologischen Gärten gleichzustellen, als schützenswert einzustufen und im Falle der Feststellung des Geflügelpestausbruchs von der Tötung auszunehmen;
3. ob sie die Möglichkeit sieht, dass bei einem künftigen Geflügelpestgeschehen Vogel- und Geflügelausstellungen möglich sind und wie sie die Empfehlungen des Friedrich-Löffler-Instituts bewertet;
4. ob sie sich bereits neben der Risikoeinschätzung des Friedrich-Löffler-Instituts auch andere wissenschaftlich fundierte Einschätzungen unabhängiger Experten einholt oder ob dies geplant ist;
5. ob sie auf die Forderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2017/263 der Kommission vom 14. Februar 2017 nach landesweiter Aufstallung von Geflügel in Hochrisikogebieten, gerade im Hinblick auf die Rassegeflügelzuchtvereine sowie die Kleinhalter, verzichten kann, da diese aufgrund der zu erfüllenden Maßnahmen oftmals vor existenzielle Probleme gestellt werden;

6. welche Möglichkeiten sie sieht, bei einem künftigen Geflügelpestgeschehen eine notwendige Aufstallung so zu gestalten, dass die Zuchtarbeit in der Rassegeflügelzucht möglichst wenig beeinträchtigt wird;
7. ob sie plant, die Keulung von Rassegeflügelbeständen nach der amtlichen Feststellung einer geringpathogenen Variante des Geflügelpestvirus im Gegensatz zu der hochpathogenen Form der Vogelgrippe-Viren auszusetzen und das notwendige Verfahren (Quarantäne, Proben, etc.) wissenschaftlich zu begleiten;
8. welchen Stellenwert sie dem Hobby Kleintierzucht einräumt und wie sie dieses Hobby aktuell unterstützt und auch in Zukunft unterstützen und stärken wird;
9. ob sie in Abstimmung mit den berührten Verbänden Initiativen ergreift, damit die Geflügelhaltung und -zucht auf ein künftiges Geflügelpestgeschehen besser vorbereitet ist.

12.07.2017

Klein, Dr. Rapp, Neumann, Rombach,
Burger, Epple, Hockenberger CDU

Begründung

Die im November 2016 verfügte landesweite präventive Aufstallung von Geflügel in Baden-Württemberg, die damit verbundenen Maßnahmen und das landesweite Ausstellungsverbot von gehaltenen Vögeln aufgrund des Vogelgrippe-Virus stellten vor allem die Rassegeflügel- und Vogelzuchtvereine sowie auch die Kleinhalter vor große existenzielle Probleme. Dieser Antrag soll darüber Aufschluss geben, inwieweit die Landesregierung die Auswirkungen der Auflagen für die Rassegeflügel- und Vogelschutzvereine begrenzen und sie bei den Maßnahmen unterstützen kann.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 7. August 2017 Nr.Z(33)-0141.5/181F nimmt das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. inwieweit die befristete Beschränkung von Ausstellungen für gehaltene Vögel und Geflügel während einer Vogelgrippe auf absolute Risikogebiete begrenzt werden kann;*

Zu 1.:

Die präventive Aufstallungspflicht für Geflügel gilt für sogenannten Risikogebiete, welche im Ereignisfall zur Vermeidung der Einschleppung des Erregers in Geflügelbestände nach den in der Geflügelpestverordnung genannten Kriterien bzw. denen des Durchführungsbeschlusses 2017/263 der Kommission festzulegen sind. Diese Kriterien sind die örtlichen Gegebenheiten, insbesondere die Nähe des Be-

standes zu einem Gebiet mit einem hohen Wasservogelaufkommen, ein erhöhtes Aufkommen an Zugvögeln sowie die Lokalisation der zurückliegenden Seuchenfeststellungen. Diese als Hochrisikogebiete einzustufenden Regionen können infolge der zurückliegenden Seuchenausbrüche im Wildvogelbestand in den Jahren 2005/2006 sowie 2016/2017 räumlich eingegrenzt werden. In Abhängigkeit vom Seuchenverlauf bei einem künftigen Geflügelpestgeschehen und weiteren Faktoren, wie beispielsweise den betroffenen Wildvogelarten und dem zoonotischen Potenzial des Erregers, kann jedoch eine Ausweitung dieser Hochrisikogebiete erforderlich werden. Auf der Grundlage des Tiergesundheitsrechts sind daher zwar Maßnahmenpläne möglich, in welchem Umfang die Ausstellungen bei einem Geflügelpestgeschehen eingeschränkt werden müssen, hängt jedoch von einer Risikobewertung des jeweils aktuellen Tierseuchengeschehens ab.

2. inwieweit sie plant, die Zuchtanlagen und Zuchten, in welchen Vögel zur Art-erhaltung, zur Erhaltung seltener Rassen oder zu anderen Nicht-Erwerbszwecken gehalten werden, den zoologischen Gärten gleichzustellen, als schützenswert einzustufen und im Falle der Feststellung des Geflügelpestausbruchs von der Tötung auszunehmen;

Zu 2.:

Grundsätzlich gilt, dass jede Tierhalterin und jeder Tierhalter durch geeignete vorbeugende Maßnahmen sicherzustellen hat, dass sich ihre Tiere nicht mit Krankheitserregern anstecken können, um das Leben und Wohlbefinden ihrer Tiere zu schützen. Dies betrifft nicht nur die Geflügelpest, sondern auch andere ansteckende Krankheiten.

Die EU-Richtlinie 2005/94/EG, welche in der Geflügelpestverordnung umgesetzt wurde, sieht bereits die Ausnahmemöglichkeit für derartige Vogelhaltungen vor. Die Ausnahmegenehmigung von der Tötung der gehaltenen Vögel setzt jedoch voraus, dass die Vogelhaltung aufgrund ihrer Struktur, ihres Umfangs und ihrer Funktion vollständig getrennt von anderen gehaltenen Vögeln ist und eine Weiterverbreitung des Erregers sicher ausgeschlossen werden kann. Dazu ist u. a. sicherzustellen, dass die Haltung in geschlossenen Ställen oder unter einer Schutzvorrichtung erfolgt, um beispielsweise einen Kontakt mit Wildvögeln auszuschließen.

Daneben muss durch weitere umfassende Biosicherheitsmaßnahmen sichergestellt sein, dass eine Übertragung der Krankheitserreger auf Geflügel und andere gehaltene Vögel sicher ausgeschlossen ist. Daneben ist in mehreren umfangreichen und aufwändigen Kontrolluntersuchungen des Bestandes die Abwesenheit des Seuchenerregers nachzuweisen. Der erneute Erregernachweis bedingt die Tötung des betroffenen Tieres sowie eine weitere Verlängerung der Bestandssperre. Dieses Verfahren der „Freitestung“ benötigt mindestens 42 Tage nach dem letzten Erregernachweis und hat damit Einfluss auf die Dauer der Handelsrestriktionen.

3. ob sie die Möglichkeit sieht, dass bei einem künftigen Geflügelpestgeschehen Vogel- und Geflügelausstellungen möglich sind und wie sie die Empfehlungen des Friedrich-Loeffler-Instituts bewertet;

Zu 3.:

Außerhalb von im Falle der Geflügelpest festzulegenden Restriktionsgebieten oder sogenannten Risikogebieten ist die Durchführung von Vogel- und Geflügelausstellungen nicht reglementiert. Daneben waren in Baden-Württemberg beim zurückliegenden Geflügelpestgeschehen in Gebieten mit präventiver Aufstellungspflicht örtlich begrenzte Lokalschauen möglich.

Nach dem Tiergesundheitsgesetz hat das Friedrich-Loeffler-Institut (FLI) als selbstständige Bundesoberbehörde unter anderem die Aufgabe, auf dem Gebiet der Tierseuchenbekämpfung entsprechende Risikobewertungen zu erstellen. Diese Risikobewertungen sind für die Behörden vor Ort Anlass, die entsprechende Situation vor Ort zu beurteilen und ggf. die entsprechenden tierseuchenrechtlichen Maßnahmen zu veranlassen.

4. ob sie sich bereits neben der Risikoeinschätzung des Friedrich-Loeffler-Instituts auch andere wissenschaftlich fundierte Einschätzungen unabhängiger Experten einholt oder ob dies geplant ist;

Zu 4.:

Die Ornithologen der Vogelwarte Radolfzell, einer Einrichtung des Max-Planck-Institutes für Ornithologie, wurden und werden in die Bewertung des von der Wildvogelpopulation ausgehenden Eintragsrisikos entscheidend miteingebunden.

5. ob sie auf die Forderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2017/263 der Kommission vom 14. Februar 2017 nach landesweiter Aufstallung von Geflügel in Hochrisikogebieten, gerade im Hinblick auf die Rassegeflügelzuchtvereine sowie die Kleinhalter, verzichten kann, da diese aufgrund der zu erfüllenden Maßnahmen oftmals vor existenzielle Probleme gestellt werden;

Zu 5.:

Erklärtes Ziel der Landesregierung von Baden-Württemberg ist – im Interesse aller Tierhalterinnen und Tierhalter und insbesondere von deren Tieren – die Verhinderung jeglicher Geflügelpestinfektionen bei gehaltenen Vögeln und Geflügel im Land. Dies ist nur möglich, wenn alle betroffenen Tierhalterinnen und Tierhalter effektive Biosicherheitsmaßnahmen ergreifen. Hierzu gehören neben vorbeugenden Hygienemaßnahmen situationsbedingte, risikoorientierte Anordnungen zur Haltung von Geflügel in Ställen bzw. unter Schutzvorrichtungen. Um hier zu praktikablen Lösungen zu kommen, die ein Optimum an Wohlbefinden den Tieren ermöglichen und den rechtlichen Vorgaben entsprechen, wurde in Baden-Württemberg eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Rassegeflügelzuchtverbände eingerichtet.

6. welche Möglichkeiten sie sieht, bei einem künftigen Geflügelpestgeschehen eine notwendige Aufstallung so zu gestalten, dass die Zuchtarbeit in der Rassegeflügelzucht möglichst wenig beeinträchtigt wird;

Zu 6.:

Soweit eine Aufstallung wegen der bestehenden Haltungsverhältnisse nicht möglich ist und gleichzeitig sichergestellt ist, dass der Kontakt zu Wildvögeln auf andere Weise wirksam unterbunden wird, kann die zuständige Behörde Ausnahmen vom Aufstallungsgebot genehmigen. Davon wurde in der Vergangenheit Gebrauch gemacht, soweit eine Aufstallung oder Haltung in einer Schutzvorrichtung nicht möglich war.

In Baden-Württemberg hat das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz einen 5-Punkteplan vorgestellt, um auf künftige Geflügelpestgeschehen noch besser vorbereitet zu sein. U. a. wurde eine Arbeitsgruppe des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie der Rassegeflügelzuchtverbände eingerichtet, welche Empfehlungen zur praktikablen und tierchutzkonformen Haltung von Geflügel bei einem Geflügelpestgeschehen erarbeiten wird. Diese Ergebnisse werden auf Bundesebene in die verschiedenen Gremien eingebracht.

EU-Gremien und andere Staaten sehen in einer Abdeckung von Schutzvorrichtungen mit Netzen eine Alternative zu der in der Geflügelpestverordnung vorgesehenen nach oben dichten Abdeckung. In Deutschland ist bisher von einer entsprechenden Änderung der Geflügelpestverordnung in diesem Punkt abgesehen worden, weil eine Überdachung mit Netzen oder Drahtgittern keinen sicheren Schutz gegen den Eintrag des Erregers durch Wildvögel bietet. Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat sich bereits auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass eine derartige Lösung zulässig ist.

7. *ob sie plant, die Keulung von Rassegeflügelbeständen nach der amtlichen Feststellung einer geringpathogenen Variante des Geflügelpestvirus im Gegensatz zu der hochpathogenen Form der Vogelgrippe-Viren auszusetzen und das notwendige Verfahren (Quarantäne, Proben, etc.) wissenschaftlich zu begleiten;*

Zu 7.:

Die Möglichkeit, Ausnahmen von der Tötung zuzulassen, ist nach dem Tiergesundheitsrecht gegeben. Im Einzelfall wurde hiervon in Baden-Württemberg bereits Gebrauch gemacht, sofern eine Weiterverbreitung der Tierseuche sicher ausgeschlossen werden konnte. Im Übrigen wird auf die Beantwortung der Ziffer 2 verwiesen.

8. *welchen Stellenwert sie dem Hobby Kleintierzucht einräumt und wie sie dieses Hobby aktuell unterstützt und auch in Zukunft unterstützen und stärken wird;*

Zu 8.:

Die Kleintierzucht erfährt eine hohe Wertschätzung durch die Landesregierung. Die Rassegeflügelzüchterinnen und Rassegeflügelzüchter erhalten mit ihrer Arbeit eine große Rassevielfalt und bewahren alte Haustierrassen. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Erhalt genetischer Vielfalt. Gleichzeitig bringen sie mit einem großen ehrenamtlichen Engagement auch in der Kinder- und Jugendarbeit Gemeinschaften zum Aufleben. Durch ihr Hobby erbringen sie wichtige Leistungen für die Gesellschaft.

Die Landesregierung unterstützt die Arbeit der Kleintierzuchtverbände, also der Rassegeflügel- und Rassekaninchenzüchter zusammen, die vielfach in gemeinsam genutzten Zuchtanlagen ihrem Hobby nachgehen, auf Grundlage der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz für die Gewährung von Zuwendungen an die Verbände der Kleintierzucht (VwV Kleintierzuchtförderung). Insgesamt stehen dafür bis zu 140.000 € jährlich zur Verfügung. Die vier Verbände der Rassegeflügelzucht und der Rassekaninchenzucht in Baden und Württemberg-Hohenzollern können jeweils bis zu 10.000 € für Verbandsaufgaben erhalten (z. B. Fortbildung, Nachwuchsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit). Für Baumaßnahmen zur Verbesserung der Bedingungen in Gemeinschaftszuchtanlagen sind bis zu 100.000 € eingeplant. Damit sollen insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung der Tiergesundheit und des Tierwohls unterstützt werden. Es ist beabsichtigt, die Kleintierzucht weiterhin in diesem Umfang zu unterstützen.

9. *ob sie in Abstimmung mit den berührten Verbänden Initiativen ergreift, damit die Geflügelhaltung und -zucht auf ein künftiges Geflügelpestgeschehen besser vorbereitet ist.*

Zu 9.:

In Baden-Württemberg wurde auf Initiative des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Rassegeflügelzuchtverbände des Landes eingerichtet, die Lösungsansätze zur Vorbereitung auf künftige Geflügelpestgeschehen erarbeitet. Diese sollen als Grundlage für Ausnahmen von der Aufstallungspflicht bei einem künftigen Geflügelpestgeschehen herangezogen werden und in einem Leitfaden für die Rassegeflügelhalter veröffentlicht werden. Dieser Leitfaden wird u. a. Hinweise zur Ausgestaltung von Schutzvorrichtungen (mit und ohne Genehmigungsvorbehalt) und den zusätzlich einzuhaltenden Biosicherheitsmaßnahmen für Kleinst-/Hobby-/Rassegeflügelhalter enthalten, um die Einschleppung und mögliche Weiterverschleppung von Tierseuchenerregern möglichst zu verhindern.

Hauk

Minister für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz